SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT

An den Vorsitzenden
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 05.09.2018

AN/1237/2018

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	17.09.2018

Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Website

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragssteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Ausschusssitzung zu setzen:

Der Fall der Gießener Frauenärztin Dr. K. H., die sich wegen des mutmaßlichen Verstoßes gegen das Verbot, für Schwangerschaftsabbrüche zu werben, vor deutschen Gerichten verantworten muss, hat großes Aufsehen erregt. In verschiedenen Parteien und Parlamenten werden gegenwärtig Möglichkeiten diskutiert, den entsprechenden Paragraphen (§ 219a StGB) abzuschaffen oder abzumildern, so dass ein neutrales Informationsangebot zu Schwangerschaftsabbrüchen möglich wird.

Die Stadt Hamburg stellt seit einiger Zeit Informationen zum Schwangerschaftsabbruch auf ihre offizielle Homepage.¹ Sie informiert damit neutral und offiziell über die Möglichkeiten, die Schwangere haben, wenn sie über einen medizinischen Abbruch ihrer Schwangerschaft nachdenken. Damit springt sie den inkriminierten Ärzten und Ärztinnen, die momentan mit einer Flut von Anzeigen zu kämpfen haben, zur Seite. Diese müssen nun nicht mehr auf selbst verwalteten Homepages über das Angebot informieren und sich einer möglichen Strafbarkeit aussetzen. Stattdessen tauchen sie auf einer offiziellen Liste neben den Beratungsstellen für die Schwangerschaftskonfliktberatung auf. Kommunen geraten nicht in Gefahr, gegen § 219a StGB zu verstoßen, weil kein eigenes kommerzielles Interesse unterstellt werden kann. Es sei noch mal festgehalten, dass es nicht um Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch oder gegen ihn geht. Es sollen nur leicht auffindbare und vollständige Informationen über Schwangerschaftsabbrüche von Seiten einer verlässlichen Stelle zur Verfügung gestellt werden.

¹ <http://www.hamburg.de/schwangerschaftskonfliktberatung/4020554/schwangerschaftsabbruch/>

Die Betroffenen befinden sich in einer sehr konflikträchtigen Situation, in der es keine einfachen Entscheidungen gibt. Die Stadt Köln nennt bereits heute auf ihrer Homepage die städtische Beratungsstelle für Familienplanung, die auch Informationen über Unterstützungsleistungen für werdende Mütter, etwa durch die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“, bereithält. Ebenso finden sich auf der Homepage Informationen sowohl über weltlich als auch über kirchlich orientierte Beratungsstellen zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Dies ist zu begrüßen, denn es ist wichtig, dass den Betroffenen in dieser schwierigen Situation alle erforderlichen Informationen in differenzierter Form zur Verfügung gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das städtische Informationsangebot weiter ausgebaut werden kann.

1. Ist es in Köln möglich, in Anlehnung an das Vorgehen in Hamburg auf der städtischen Internetseite weitere Informationen zum Schwangerschaftsabbruch und eine Liste der Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche in Köln durchführen, bereitzustellen?
2. Wenn Frage 1 mit Ja beantwortet wurde: Bis wann kann dies erfolgen?
3. Wenn Frage 1 mit Nein beantwortet wurde: Was sind die Gründe, die gegen ein Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrüche auf der städtischen Internetseite sprechen?

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher der Ratsgruppe BUNT